

Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Berlin, April 2022

Identitätspolitik

Emanzipatorische Kämpfe um Anerkennung ja, Fundamentalismus nein.

„Put in the work“ („Mach Deine Hausaufgaben“) ist eine der zentralen Forderungen vieler junger AktivistInnen – informiert Euch, denkt über Eure Position im System nach, hinterfragt Eure Privilegien, und werdet Alliierte emanzipatorischer Kämpfe. In Deutschland ist davon wenig zu sehen. Von konservativer Seite wird die Debatte meist auf „Gendersternchen“, von Libertären auf „Sprechverbote“ verengt. Von ganz links wird die vermeintliche Klassenblindheit der „Lifestyle Linken“ beklagt. Aber auch so manche linke Identitäre, die für Emanzipation der Individuen und die Anerkennung der Würde jedes Menschen ohne Betrachtung von Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung streiten, sind nicht bereit, die Exzesse an den fundamentalistischen Rändern als solche anzuerkennen, geschweige denn die Fundamentalismen, die sich in ihr Theoriegebäude eingeschlichen haben, zu adressieren.

Um wieder gemeinsam für Gleichstellung und Anerkennung, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung kämpfen zu können, müssen wir den Familienstreit im progressiven Lager überwinden. Das bedeutet, beide Seiten, die gerade heftig im Clinch miteinander liegen, müssen sich bewegen.

Linke Identitäre stellen wichtige Fragen: „Wer spricht, wer schweigt? Wer ist sichtbar, wer ist unsichtbar? Wer hat Macht und Privilegien, wer wird systematisch benachteiligt oder ausgeschlossen?“ Der Ruf danach, endlich „Schluss mit der Identitätspolitik“ zu machen, kann für eine emanzipatorische, gegen Diskriminierung gerichtete Politik nicht gelten. Aber auch die Forderungen, wieder verstärkt Klasse statt Identität in den Blick zu nehmen, sich auf konkrete Verteilungs- statt vermeintlich luxuriöser Lifestyle-Fragen zu konzentrieren, greift zu kurz. Denn die Rückkehr zur alten Hierarchie zwischen Haupt- und Nebenwiderspruch im Marx'schen Verständnis verkennt die Realität der pluralen Gesellschaft. Exklusion und Diskriminierung aufgrund von Klasse, Herkunft, Hautfarbe oder sexueller Orientierung sind in vielfacher Weise untrennbar miteinander verwoben: Gerade in der Arbeiterklasse finden sich viele Menschen mit Migrationshintergrund, und allzu oft leben alleinerziehende Mütter in prekären Verhältnissen. Heute fordern all die Menschen, die aufgrund ihrer Identität bzw. ihres identitären Selbstverständnisses nicht in den vollen Genuss ihrer Bürgerrechte kommen, laut und selbstbewusst rechtliche, soziale und wirtschaftliche Gleichstellung ein.

Hier ist zur Begründung der weiteren Überlegungen eine Verständigung über den Begriff der Identität angebracht, denn der weckt viele Assoziationen und nicht bei allen dieselben. Wörtlich heißt Identität „Selbigkeit“. Bezogen auf Personen oder soziale Gruppen gibt es solche Selbigkeit empirisch nicht. Wir verändern uns schon im Stoffwechsel von Sekunde zu Sekunde, erst recht in unserem Lebenslauf. Soziale Gruppen sind überdies in sich nie dieselben bzw. homogen und ändern sich ebenfalls über die Zeit. Dennoch nehmen wir uns als Individuen intuitiv über die Jahre hinweg als dieselbe Person wahr. Inhaltlich entsteht diese Selbigkeit der Person aus unserer Erinnerung oder aus der anderer Menschen.

Wenn wir unser „Selbst“ in unserer Erinnerung schaffen, enthält diese immer, wenn auch oft unbewusst, zugleich eine Wertung unseres persönlichen Seins oder Handelns. Wie war ich damals? Wie habe ich damals gehandelt? Wie wurde ich von anderen eingeschätzt? Unser erinnertes Selbst enthält deshalb immer Elemente unseres Selbstwertgefühls. Unsere Identität ist deshalb weder einfach vorhanden, noch ein wertfreies Faktum. Vielmehr ist sie Ergebnis unserer Erinnerungsleistung, die unser Selbstwertgefühl (mit) prägt.

Dafür spielt der soziale Kontext eine zentrale Rolle. Ob wir darin geschätzt oder diskriminiert werden, stärkt oder verletzt unser Selbstwertgefühl. Identitätspolitik zielt daher immer auf die Integrität unseres Selbstwertgefühls. Überdies versteht sie sich im Dienst einer sozialen Gruppe, deren Mitglieder sich in für sie zentralen Fragen oder Zielen als übereinstimmend, als „selbig“ verstehen und fühlen, auch in der Diskriminierung. Diese Übereinstimmung nehmen die Mitglieder als unabdingbar für die eigene Identität wahr. Identität hat deshalb im Begriff der linken Identitätspolitik den doppelten Sinn der personalen Identität eines Individuums, das sich politisch engagiert, und von dessen gleichzeitiger Identität bzw. übereinstimmender Gemeinsamkeit mit der sozialen Gruppe, zu der sich das Individuum zugehörig fühlt und für die es sich engagiert.

Damit in den demokratischen Institutionen (Parlamenten, Parteien, Verwaltung, Polizei etc.) die Interessen verschiedener Identitäten zur Kenntnis genommen, berücksichtigt werden und zum Tragen kommen können, muss sich in ihnen wenigstens in großen Linien ihre Vielfalt wiederfinden. Wenn in Deutschland mehr als 20% der Bürgerinnen und Bürger mit migrantischem Hintergrund leben, sie im Parlament aber nur mit ca. 11% solcher Bürger vertreten sind, wenn Frauen die Hälfte der Gesellschaft ausmachen, sie im Parlament aber nur zu 34% erscheinen, wird eine angemessene Repräsentation ihrer Interessen kaum stattfinden.

Es gibt also einen Zusammenhang zwischen gerechter Interessenvertretung und Repräsentativität der demokratischen Institutionen. Allerdings können nicht alle unterschiedlichen Interessen zu jeder Zeit in den Institutionen präsent sein. Die Theorie der repräsentativen Demokratie geht davon aus, dass wir genügend „gemeinsam Menschliches“ haben, um uns auch an die Stelle derer setzen zu können, zu deren sozialer Gruppe wir nicht, oder zumindest in mancher Hinsicht nicht gehören. Auch kann aus der sozialen Zugehörigkeit nicht einfach eine politische Position abgeleitet werden.

Darüber hinaus ist es für den Zusammenhalt der Gesellschaft ein Vorteil, wenn viele Menschen eine komplexe Identität haben mit vielfältigen Zugehörigkeiten – wie dies praktisch meistens der Fall ist. Denn je mehr einzelne Personen in der Lage sind, in sich unterschiedliche Perspektiven und Loyalitäten miteinander zu vereinbaren, desto mehr können sie Brücken bauen zu anderen Personen und Gruppen, desto stabiler ist der (flexible) Zusammenhalt der Gesellschaft.

Überdies verweist das repräsentative Mandat des/der freien Abgeordneten auf den zweiten Sinn von „repräsentativ“: Die Abgeordneten sind angehalten, sich in ihrer Entscheidung immer auch das Gemeinwohl zu „vergegenwärtigen“. Die Theorie der liberalen Demokratie hält es für legitim, dass die Gewählten die Interessen ihrer Wähler*innen nicht nur kennen, sondern auch in die Entscheidung einbringen. Aber im Unterschied zum imperativen Mandat, müssen sie auch auf Abstand gehen und die Interessen anderer einbeziehen können. Auf die Frage, in welchem Verhältnis schließlich die legitimen empirischen Partikularinteressen zu den zu vergegenwärtigenden Gemeinwohlvorstellungen stehen sollten, gibt die Theorie der liberalen Demokratie keine definitive Antwort. Das müssen die Politiker*innen letztlich herausfinden. Politik ist keine Wissenschaft, sondern eine erfahrungsgesättigte Kunst.

In diesem Sinn ist linke Identitätspolitik Interessenpolitik. Allerdings enthält sie zwei Elemente, die sie von der Interessenpolitik z.B. einer Bankenlobby unterscheidet: Sie wendet sich gegen Diskriminierung, nimmt die eigene Gruppe also als benachteiligt wahr. Und das Interesse, das sie vertritt, bezieht sich auf den Kern des eigenen Selbst, ist also emotional und existenziell von erheblicher Stärke und Bedeutung.

Weil Identität Selbigkeit, Homogenität und existenzielle Bedeutung einschließt oder zumindest suggeriert, besteht die Gefahr, die eigene Identitätspolitik zu verabsolutieren und im Kampf gegen die eigene Diskriminierung wiederum andere zu diskriminieren. Der Critical Race Theorist Ibram X. Kendi beschreibt das so: “The only remedy to racist discrimination is anti-racist discrimination, The only remedy to past discrimination is present discrimination. The only remedy to present discrimination is future discrimination.” Wer in solchen Nullsummen denkt, gerät allzu schnell in die Nähe zu Rigorismus und Fundamentalismus.

Freilich werden mit dem Begriff Identität häufig auch kulturelle Zugehörigkeiten bezeichnet, die die Individuen weniger existenziell betreffen und daher mit anderen Zugehörigkeiten koexistieren oder sogar konkurrieren können. Dazu gehören z.B. heute in Europa regionale oder konfessionelle Zugehörigkeiten. Der Übergang von kulturellen zu materiellen Benachteiligungen ist dabei manchmal fließend.

Als Kampf gegen Diskriminierung ist linke Identitätspolitik legitim und geht uns alle an. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es im ersten Artikel unseres Grundgesetzes. Mit Blick auf den Gleichstellungsauftrag des Grundgesetzes gilt es unsere Institutionen daraufhin zu überprüfen, ob sie Rassismus, Sexismus, oder Homophobie perpetuieren und diese gegebenenfalls zu reformieren. Der Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten, um zu zeigen, dass sie ihren eigenen egalitären Ansprüchen nicht genügt, ist die logische Fortschreibung des universalistischen Projektes der Aufklärung.

Aber nicht nur normativ, sondern auch machtstrategisch führt kein Weg an der Identitätspolitik vorbei: die jüngeren Generationen sind heute meist identitätspolitisch sozialisiert, und ohne sie sind breite progressive Bündnisse schon heute undenkbar. Der Ruf

danach, das Thema kulturelle Identität zugunsten materieller Verteilungsfragen hintanzustellen, behauptet eine irreführende Alternative.

Offen bleibt jedoch die Frage, mit welchen Zielen und mit welchen Mitteln die emanzipatorischen Kämpfe um Gleichstellung und Anerkennung geführt werden sollten, um Aussicht auf Erfolg zu haben. Wer aus ideologischer Fixierung potenzielle Verbündete verprellt oder durch autoritäre Methoden eine Phalanx an Gegnern mobilisiert, gefährdet den Erfolg der Gleichstellungskämpfe ausgerechnet in dem Moment, in dem breite gesellschaftliche Allianzen zur Beseitigung der strukturellen Ursachen von Exklusion und Diskriminierung zum Greifen nahe sind. Und tatsächlich haben sich im linksidentitären Lager einige Fundamentalismen eingeschlichen, die massive Konflikte innerhalb der Linken provozieren und die rechten Gegner stärken. Darüber müssen wir diskutieren.

Ziel dieser Strategiedebatte muss es sein, eine breite gesellschaftliche Allianz zu bauen, die die Machtmittel aufbringen kann, um die emanzipatorischen Fortschritte gegen den Widerstand der Beharrungskräfte durchzusetzen. Dafür eignen sich moderate linksidentitäre Ansätze. Im Gegensatz dazu geraten fundamentalistische Zuspitzungen linker Identitätspolitik aus allen ideologischen Lagern zu Recht in die Kritik. Auch aus der Mitte der Sozialdemokratie heraus wurden diese Extrempositionen kritisiert.

Die Bildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz für Gleichstellung, Gleichberechtigung, Inklusion und Antidiskriminierung wird nur gelingen, wenn wir die linken identitären Kämpfe um Anerkennung ohne Wenn und Aber respektieren, uns aber ebenso eindeutig von fundamentalistischen Positionen, Exzessen und Absurditäten an den Rändern abgrenzen.

Dies entspringt einer machttaktischen Überlegung. Aber wo hören aus substanziellen Gründen legitime emanzipatorische Kämpfe um Anerkennung auf? Und wo nehmen sie fundamentalistische und menschenfeindliche Gestalt an?

Die entscheidende Trennungslinie liegt für Sozialdemokraten zwischen der Anerkennung des Universalismus der Menschenrechte einerseits und dem Vorrang kultureller Sonderrechte und Ansprüche andererseits. Sozialdemokraten erkennen kulturelle Partikularitäten so lange an, wie sie dem universalen gleichen Recht aller Menschen als Individuen auf Freiheit und Selbstbestimmung nicht entgegenstehen oder es konterkarieren. Damit stehen Sozialdemokraten

- für universalistische Menschenrechte und Gemeinsinn, aber gegen prinzipiellen Partikularismus wie das Recht auf kulturelle Besonderheit, aus dem Ausnahmen für die Geltung deutscher Rechtsnormen abgeleitet werden (wie z.B. Genitalverstümmelungen, Scharia Gerichte, die sich an die Stelle des Staates setzen, oder Zwangsehen)

- für fluide Identitätskonstruktionen (z.B. jede*r kann die eigene Sexualität selbst definieren und offen ausleben), aber gegen essentialistische Zuschreibungen bestimmter Eigenschaften, die aus der zugeschriebenen Zugehörigkeit zu einer identitären Gruppe abgeleitet werden (z.B., "alle Weißen sind Rassisten", oder "Du bist weiß, Dreadlocks sind schwarz, also ist das Tragen von Dreadlocks kulturelle Aneignung")
- für ein Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Kulturen, aber gegen Segregation (z.B. die Forderungen nach räumlicher Trennung zwischen "BiPoC und Weißen"; die Zwangsverpflichtung ausschließlich „als weiß gelesener“ Angestellter zu „critical racism“ Seminaren)
- für "Zuhören, wenn Diskriminierungsopfer sprechen", aber gegen Sprechverbote für alle anderen (#shut_up_and_listen) und gegen Hassrede (wie der Shitstorm gegen JK Rowlings)
- für die volle Anerkennung von Trans*Personen, aber auch für die Anerkennung erkämpfter Frauenrechte wie exklusive Zugangsrechte zu Schutzräumen (z.B. zu Frauenhäusern, Umkleidekabinen oder Sportwettbewerben)
- für die Gleichstellung der Geschlechter und gegen Männerhass (z.B. "Moi, les hommes, je les deteste")
- für kritische Dekonstruktion rassistischer Institutionen und Praktiken (z.B. racial profiling oder Benachteiligungen im Bildungswesen), aber gegen kollektive Diskriminierung der autochthonen Mehrheit („Alle Deutschen sind Menschen mit Genozidhintergrund/ Nazihintergrund“) und gegen Bilderstürmerei (z.B. "Mathematik, Medizin, Rationalismus, Gleichheit etc. sind Basis und Ausdruck von ‚white supremacy‘“)
- für robuste Widerrede, inklusive beißender Kritik am politischen Gegner, aber gegen Kampagnen, die auf die Entlassung bzw. Zerstörung der bürgerlichen Existenz anderer zielen ("cancel culture").

Sozialdemokratische Identitätspolitik ist universalistisch, emanzipatorisch und demokratisch.

Das bedeutet gleiche Rechte für alle Menschen, ohne Unterschiede nach sexueller, ethnischer oder religiöser Herkunft oder Orientierung. Wir stärken die Freiheit der Individuen sich zu entfalten, indem wir rechtliche Hürden beseitigen und sozialem Konformitätsdruck entgegenwirken. Wir handeln soziale Konstrukte respektvoll miteinander aus, ohne Diskursräume zu verengen oder Bürger:Innen auszuschließen.

Wir stellen uns daher klar gegen partikularistische, konformistische oder autoritäre Verengungen.

Das bedeutet wir lehnen Nullsummenspiele ab, in der eine Gruppe gegen die andere gestellt wird. Wir lehnen es ab, Menschen bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben, weil sie als Mitglied einer identitären Gruppe gelesen werden. Wir lehnen es ab, BürgerInnen prinzipiell vom Diskurs auszuschließen. Jeder soll gehört werden und seine Meinung frei äußern dürfen.

Sozialdemokratische Identitätspolitik erweitert die Freiheitsgrade der Individuen, indem sie sich auf universelle Prinzipien einigt, auf die sich die breite Mitte der Gesellschaft einigen kann.